

—

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Netzwerk Gerechter Welthandel anlässlich der Europawahl 2019



1. Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen? Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Nein. Wir schützen die öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei Verhandlungen über EU-Handelsabkommen, wie CETA mit Kanada oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können. Das größte Risiko geht von möglichen Investor*innen aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass die Europäische Union klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und für öffentliche und soziale Dienstleistungen schafft.

2. Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen? Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Nein. Die Landwirtschaft wird bei Handelsabkommen mit Drittstaaten als Verhandlungsmasse eingesetzt, um von den Entwicklungsländern Zugeständnisse in Bezug auf ihren Industrie- und Dienstleistungssektor zu erhalten. Doch die fortschreitende Liberalisierung des Handels hatte keine Verbesserung der Lebensumstände der Armen und Hungernden zur Folge und setzt die europäischen landwirtschaftlichen Betriebe stark unter Druck. Wir fordern eine Stärkung der lokalen und regionalen Märkte sowie eine Unterstützung beim Aufbau kurzer Lieferketten. Für Importe aus Drittstaaten fordern wir die Qualifizierung des Marktzugangs über hohe Sozial- und Umweltstandards. Produkte, die einem definierten Nachhaltigkeitsstandard nicht entsprechen, würden durch Marktzugangsabgaben teurer. Diese Abgaben sollten im Drittland genutzt und in Nachhaltigkeitsmaßnahmen investiert werden.

3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu "regulatorischer Kooperation" abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?

Nein. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Wir stehen für eine Handelspolitik, die in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards festschreibt und die

parlamentarische Mitentscheidung bei der regulatorischen Kooperation garantiert. Regulatorische Kooperation darf nicht Standards absenken, sondern muss diese verbessern.

4. Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte "Investitionsschutz-Schiedsgerichte") mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?

Nein. Wir lehnen einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investor*innen ab. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonderschiedsgerichte für Investor*innen gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Die EU sollte initiieren, dass die Mitgliedstaaten ihre bestehenden nationalen Investitionsschutzabkommen nachverhandeln, um die Investor-Staats-Schiedsgerichte zu beenden. Wir unterstützen die EU-Kommission bei ihrem Vorhaben, die existierenden innereuropäischen Investitionsabkommen zu beenden. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen.

5. Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird? Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten? Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?

Nein. Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen und Menschenrechte unterstützen. Handelsabkommen müssen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen, indem sie das Vorsorgeprinzip festschreiben, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützen, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankern und die parlamentarische Mitentscheidung bei der regulatorischen Kooperation garantieren. Wir engagieren uns für europaweit wirksame Regelungen, die den Handel mit Gütern ausschließen, wenn ihre Herstellung direkt oder indirekt mit Waldvernichtung, insbesondere der Vernichtung von tropischen und borealen Wäldern oder vergleichbaren Ökosystemen, einhergeht.

6. Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?

Nein. Wir schätzen die hohen europäischen Standards und setzen uns dafür ein, diese weltweit zur Anwendung zu bringen. In der Zukunft muss die EU sich noch stärker durchsetzen, wenn es um Besteuerung von IT-Unternehmen geht, die innerhalb der EU oder auch mithilfe den Daten von EU-Bürger*innen Gewinne erwirtschaften. Im Datenschutz konnte die EU durch die Datenschutz-Grundverordnung Standards setzen, die nun auch in vielen anderen Teilen der Welt adaptiert werden. Open Source bleibt ein Thema von hoher Relevanz, das bislang weniger Beachtung fand.